

Halbzeit

Eine Dokumentation des Beitrags
von Prof. Dr. Renate Köcher
in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung
Nr. 172 vom 21. September 2023

INHALT

Tabellenübersicht

Originalmanuskript

Untersuchungsdaten

Anhangtabellen

Schaubilder

Veröffentlichung in der Frankfurter Allgemeinen
Zeitung Nr. 70 vom 21. September 2023, S. 8,
unter dem Titel:

"Das Vertrauen ist dahin. Halbzeitbilanz: Nur wenige
trauen der Ampel noch zu, das Land voranzubringen."

TABELLENÜBERSICHT

Tabelle	A	1	Nur noch wenige haben Vertrauen in die Zukunftskompetenz der Ampel-Koalition
	A	2	Negative Assoziationen zur Ampel-Regierung
	A	3	Reformbedarf ...
	A	4	... in tiefgreifendem Umfang
	A	5	Breite Zustimmung zu vielen Maßnahmen der Ampel-Regierung
	A	6	Auswirkung auf das eigene Leben
	A	7	Die Mehrheit rechnet mit persönlichen Nachteilen durch die Klimapolitik
	A	8	Wenig Hoffnung auf durchschlagenden Erfolg der Klimapolitik
	A	9	Weniger Sorgen über die Klimaveränderung
	A	10	Wachstumsschub durch Klimaschutz?
	A	11	Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation wachsen - aber nicht in Bezug auf die Sicherheit des Arbeitsplatzes
	A	12	Rückläufiges Vertrauen in den Wirtschaftsstandort
	A	13	Wenig Vertrauen in die Wirtschaftskompetenz der Ampelparteien
	A	14	Zufriedenheit der Anhänger der Regierungsparteien
	A	15	Würde eine CDU-geführte Regierung mit den Aufgaben besser fertig werden?
	B	1	Zweitstimmen-Wahlabsicht (Sonntagsfrage)
Schaubild		1	Ernüchterung
		2	Wenig Fortschritte
		3	Auswirkungen der Regierungspolitik
		4	Sorge um den Standort
		5	Dominant in der Koalition: die Grünen

Originalmanuskript

Prof. Dr. Renate Köcher

Institut für Demoskopie Allensbach

Halbzeit

Am Ende der ersten Halbzeit hat sich für die Ampel-Koalition viel verändert: Sie kämpft mit Problemen, die sie bei Regierungsantritt nicht oder nur als Randthema gesehen hatte; entsprechend hat sich ihre politische Agenda erweitert und die der Bevölkerung verändert. Vor allem ist sie jedoch mit einem enormen Vertrauensverlust konfrontiert. Die überwältigende Mehrheit traut der Koalition zurzeit nicht zu, dass sie in den kommenden zwei Jahren das Land voranbringt.

Tabelle A 1

Wie anders war die Stimmung im Land am Anfang nach der Vorlage des Koalitionsvertrags. Die Mehrheit der Bevölkerung atmete auf, hoffte auf Erneuerung und langfristig ausgerichtete Reformen, um das Land nachhaltig zu stärken. 60 Prozent der Bürger attestierten der Regierung zu diesem Zeitpunkt den Willen zur Erneuerung, 51 Prozent hatten den Eindruck, dass die Politik der neuen Koalition zukunftsorientiert und langfristig angelegt war. Von den Vorgängerregierungen wurde in den letzten 20

Schaubild 1

Jahren keine mit vergleichbaren Hoffnungen begrüßt.

Dieses Vertrauen, dass durch eine zukunftsorientierte Politik das Land erneuert und gestärkt wird, ist gravierend geschwächt. Nur noch 30 Prozent assoziieren die Koalition mit dem Willen zur Erneuerung, nur noch 25 Prozent attestieren ihr eine an langfristigen Zielen ausgerichtete Politik. Stattdessen nimmt die Bevölkerung heute vor allem wahr, dass in dieser Koalition immer wieder gegensätzliche Ziele und Interessen überbrückt werden müssen; 67 Prozent haben diesen Eindruck, 69 Prozent den von Entscheidungsschwäche; 58 Prozent kritisieren, die Regierungspolitik sei von zu vielen Illusionen geprägt.

Schaubild 1

Tabelle A 2

Gleichzeitig sieht die Bevölkerung immer mehr Reformbedarf. 61 Prozent sind überzeugt, dass Deutschland dringend Reformen braucht, auch um international nicht zurückzufallen. Der Anteil der Bevölkerung, der tiefgreifende Reformen für notwendig hält, wächst seit Jahren und nähert sich dem Niveau, das zuletzt in der Phase der Wachstumsschwäche zwischen 2000 und 2005 zu verzeichnen war.

Tabelle A 3

Tabelle A 4

Die Koalition selbst verweist darauf, dass viele der Vorhaben, die im Koalitionsvertrag festgeschrieben wurden, bereits umgesetzt worden sind – eine Bilanz, die auch von einer Bestandsaufnahme der Bertelsmann-Stiftung gestützt wird. Aber die Bevölkerung sieht

wenig Fortschritte. Noch am ehesten nimmt sie diese in der Verteidigungspolitik wahr, gefolgt von den Bemühungen um Klimaschutz, der Sicherung der Energieversorgung und der Unterstützung sozial Schwacher. 39 Prozent attestieren der Regierung Fortschritte bei der Stärkung der Bundeswehr, 33 Prozent beim Klimaschutz, jeweils 31 Prozent bei der Sicherung der Energieversorgung und bei den Maßnahmen für sozial Schwächere.

Schaubild 2

In den meisten anderen Bereichen können nur kleine Minderheiten Fortschritte erkennen. Das gilt für die Digitalisierung, die Modernisierung der öffentlichen Verwaltung und der Infrastruktur wie für die Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme und des Gesundheitssystems, für die Steuerung der Zuwanderung, die Begrenzung der Staatsverschuldung, für den Bürokratieabbau, die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum und die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Wirtschaft. So sehen ganze 3 Prozent Fortschritte beim Abbau staatlicher Regulierung, 6 Prozent bei der Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Wirtschaft, 8 Prozent bei der Modernisierung der öffentlichen Verwaltung. 10 Prozent haben den Eindruck, dass die Sanierung der Infrastruktur vorankommt, 13 Prozent sehen Erfolge im Gesundheitswesen. Dies sind natürlich überwiegend Politikfelder, bei denen kaum kurzfristige Erfolge zu erzielen sind, die gleichzeitig aber für die Bürger in hohem Maße

Nahthemen sind, bei denen sie einen unmittelbaren Bezug zu ihrer eigenen Situation herstellen.

Die von der Regierung bisher beschlossenen Maßnahmen werden keineswegs überwiegend kritisch bewertet. Ein Teil der Beschlüsse findet breite Zustimmung. Das gilt insbesondere für die Erhöhung des Mindestlohnes, die Gas- und Strompreisbremse, das 49-Euro-Ticket, die Erhöhung des Kindergeldes und auch die Einführung einer Kindergrundsicherung, die Zustimmungsraten zwischen 64 und über 90 Prozent verzeichnen. Das Sondervermögen für die Bundeswehr, die Einführung des Bürgergeldes und die Einführung höherer Energiestandards für Neubauten werden zwar deutlich zurückhaltender bewertet, erfahren aber insgesamt mehr Anerkennung als Kritik. Überwiegend kritisch sieht die Bevölkerung dagegen nach wie vor das Verbot von Öl- und Gasheizungen für Neubauten, den Ausstieg aus der Kernenergie, die Legalisierung von Cannabis und die raschere Einbürgerung von Zuwanderern.

Tabelle A 5

Die Bevölkerung hat bei dieser Regierung mehr als bei Vorgängerregierungen den Eindruck, dass sie direkt in ihr Leben eingreift. Sowohl während der Großen Koalition zwischen 2005 und 2009 wie auch bei der letzten schwarz-gelben Koalition sahen 60 Prozent und mehr der Bevölkerung weder positive noch negative Auswirkungen der Regierungspolitik auf ihr

Tabelle A 6

persönliches Leben. Aktuell ziehen nur 45 Prozent diese Bilanz, während 6 Prozent überzeugt sind, dass sie von der Regierungspolitik profitieren, und 35 Prozent für sich unmittelbare Nachteile sehen.

Schaubild 3

Von der Klimapolitik der Regierung befürchtet sogar jeder Zweite für sich persönlich negative Auswirkungen. Diesen Befürchtungen stehen jedoch nur wenig Hoffnungen gegenüber, dass auf diesem Feld nennenswerte Erfolge erzielt werden. Jeder Dritte attestiert der Regierung zwar beim Klimaschutz Fortschritte. Gleichzeitig glauben aber nur 14 Prozent, dass der Klimawandel beherrschbar ist. Die überwältigende Mehrheit ist auch überzeugt, dass nur globale Anstrengungen wirken können, die jedoch nur begrenzt gegeben sind. Die Klimapolitik der Regierung trifft damit auf erhebliche Sorgen, persönlich Nachteile zu erleiden, ohne Vertrauen in ihren Erfolg.

Tabelle A 7

Schaubild 2

Tabelle A 8

Zurzeit gehen die Sorgen der Bevölkerung über die Klimaveränderungen eher zurück. In den vergangenen Jahren waren zwischen 42 und gut 50 Prozent über diese Entwicklungen sehr besorgt, aktuell sind es 36 Prozent. Das Versprechen, dass mit hohen Investitionen in Klimaschutzmaßnahmen ein Wachstumsschub erreicht werden kann, trifft in der Bevölkerung überwiegend auf Skepsis, mehr als in der Wirtschaft. Während sich bei Befragungen von Führungskräften aus der Wirtschaft immerhin knapp die Hälfte überzeugt zeigte, dass auf

Tabelle A 9

Tabelle A 10

diesem Weg durchaus hohe Wachstumsraten erzielt werden können, halten das gerade einmal 17 Prozent der Bevölkerung für möglich, 57 Prozent für unrealistisch.

Die derzeitige Konjunkturschwäche der deutschen Wirtschaft beunruhigt die Bevölkerung, auch wenn sich diese Schwäche diesmal nicht auf dem Arbeitsmarkt niederschlägt. Die Sorgen um die Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes bewegen sich angesichts des gravierenden Arbeitskräftemangels auf historisch niedrigem Niveau. Lediglich 7 Prozent der Erwerbstätigen machen sich Sorgen, ob ihr Arbeitsplatz sicher ist; in der Phase der Wachstumsschwäche zwischen 2000 und 2005 lag dieser Anteil zeitweise bei 38 Prozent. Trotzdem wachsen die Sorgen über die Entwicklung des eigenen Wohlstandes und besonders in Bezug auf die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Der Anteil der Bevölkerung, der persönlich einen wirtschaftlichen Abstieg befürchtet, hat sich seit 2020 von 18 auf 29 Prozent erhöht, während nur noch jeder Achte mit Wohlstandsgewinnen rechnet.

Tabelle A 11

Tabelle A 11

Geradezu erdrutschartig ist das Vertrauen in Deutschland als Wirtschaftsstandort eingebrochen. Dieses Vertrauen schien in den vergangenen Jahren geradezu unerschütterlich. Zwischen 2009 und 2022 zeigten sich immer mehr als drei Viertel der Bevölkerung überzeugt, dass Deutschland für Unternehmen

attraktiv ist. Aktuell glauben das nur noch 41 Prozent und damit sogar signifikant weniger als 2005, als die Bevölkerung noch ganz unter dem Eindruck der mehrjährigen Wachstumsschwäche stand. Für Nachteile des Standortes hält die Bevölkerung vor allem zu viel Bürokratie, die Dauer von Genehmigungsverfahren, die Energiekosten, den Mangel an Arbeitskräften, den Rückstand bei der Digitalisierung und Mängel im Bildungssystem.

Tabelle A 12

Die Politik der Regierung ist nach dem Eindruck der Mehrheit bisher nicht dazu angetan, den Standort zu stärken, im Gegenteil: 55 Prozent haben den Eindruck, dass die Politik den Standort schwächt, nur 10 Prozent sehen eine Stärkung. In dieser Situation belastet die Regierung das geringe Vertrauen in die Wirtschaftskompetenz der sie tragenden Parteien. Dies gilt für alle drei Koalitionspartner und am meisten für die Grünen, denen nur 5 Prozent gute Konzepte für die Stärkung des Standortes zutrauen. Gleichzeitig werden die Grünen von der Bevölkerung mit Abstand als die dominierende Kraft in der Koalition wahrgenommen. Schon nach den Koalitionsverhandlungen hatten 35 Prozent diesen Eindruck, jetzt 40 Prozent. An zweiter Stelle liegt mit großem Abstand die FDP, der 17 Prozent besonders großen Einfluss auf die Regierungspolitik zuschreiben. Die Überzeugung, dass die Regierungspolitik vor allem die Handschrift der SPD trägt, ist

Schaubild 4

Tabelle A 13

Schaubild 5

dagegen von 24 auf 15 Prozent zurückgegangen. Die häufigen Auseinandersetzungen zwischen den beiden kleineren Koalitionspartnern haben mit dazu beigetragen, dass der Einfluss der führenden Koalitionspartei immer weniger wahrgenommen wird.

Nur die Anhänger der Grünen sind mit der Arbeit ihrer favorisierten Partei in der Koalition zufrieden; 69 Prozent ziehen eine positive Bilanz, von den SPD-Anhängern dagegen nur jeder Zweite; noch zurückhaltender äußern sich die Anhänger der FDP, die auch in vielen Punkten die Beschlüsse der Koalition kritischer bewerten als die Anhänger von SPD und Grünen. Das Unbehagen ihrer Anhänger, vieles mittragen zu müssen, was ihren Vorstellungen von Prioritäten und notwendigen Weichenstellungen widerspricht, ist für die FDP ein Problem. Die Mehrheit ihrer Anhänger fühlt sich nach wie vor den Unionsparteien mehr verbunden als den derzeitigen Koalitionspartnern. Auch ein Teil der von der FDP forcierten Projekte unter dem Stichwort Modernisierung der Gesellschaft wie freie Geschlechtswahl oder Cannabisfreigabe steht eher quer zu den Vorstellungen ihrer Klientel, wofür ernsthafter Liberalismus sich stark machen sollte.

Tabelle A 14

Trösten kann sich die Koalition im Moment damit, dass auch ein Regierungswechsel für die Mehrheit der Wähler kein Hoffnungsszenario

ist. Nur 25 Prozent sind überzeugt, dass eine andere Regierung die Herausforderungen besser bewältigen würde. Für die Bevölkerung verschlimmert dieser Eindruck allerdings eine Situation, die sie in hohem Maße als unbefriedigend und risikobehaftet empfindet.

Tabelle A 15

Es ist ein belasteter Start in die zweite Halbzeit – nicht nur für die Koalition, sondern für das Land. Die Bevölkerung hat nicht nur das Vertrauen verloren, dass die Koalition zu neuer Geschlossenheit findet, die richtigen Prioritäten setzt und die Kraft hat, die notwendigen Veränderungen umzusetzen – sie hat auch das Vertrauen in das Land verloren, glaubt im Moment nicht, dass Deutschland die Kraft und den Willen hat, seine starke Position zu verteidigen. Es hängt viel davon ab, dass dieses Vertrauen wieder gestärkt wird-

UNTERSUCHUNGSDATEN

Befragter Personenkreis:	Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland
Anzahl der Befragten:	1030
Befragungszeitraum:	4.9. bis 15.09.2023
Methode:	Repräsentative Quotenauswahl
Art der Interviews:	Mündlich-persönliche Interviews (face-to-face)

Anhangtabellen

Nur noch wenige haben Vertrauen in
die Zukunftskompetenz der Ampel-Koalition

Tabelle A 1
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wenn Sie einmal an die Politik der Ampel-Koalition denken: Wird diese Politik Ihrer Ansicht nach das Land voranbringen, oder haben Sie da Zweifel?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Voranbringen	10
Habe Zweifel	76
Unentschieden	<u>14</u>
	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12074, August 2023

Negative Assoziationen zur Ampel-Regierung

Tabelle A 2
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Was verbinden Sie mit der aktuellen Regierung? Was von dieser Liste würden Sie nennen?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Entscheidungsschwäche	69
Gegensätzliche Ziele und Interessen der Koalitionspartner	67
Zu viele Illusionen.....	58
Wille zur Erneuerung	30
Langfristige Ziele für das Land	25
Glaubwürdigkeit.....	11
Dass sie die Gesellschaft eint, unterschiedliche Interessen zusammenführt	7
Gutes Krisenmanagement.....	7
Klare Positionen	7
Führungsstärke.....	6
Gute Kommunikation der eigenen Politik.....	4
Nichts davon.....	8

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12076, September 2023

Reformbedarf ...

Tabelle A 3
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Hier unterhalten sich zwei über die Situation in Deutschland. Wer von beiden sagt eher das, was auch Sie denken?" (Bildblattvorlage)

	Bevölkerung insgesamt
	%
"In Deutschland sind dringend Reformen notwendig. Wenn nicht bald etwas passiert und wir bei wichtigen Themen weiterhin nicht vorankommen, werden wir international immer weiter abgehängt. Es muss sich schnell etwas ändern in Deutschland.".....	61
"Das sehe ich anders. Natürlich sind in einigen Bereichen Reformen notwendig. Aber alles in allem ist Deutschland nach wie vor gut aufgestellt und vieles funktioniert hier gut. Wir sollten die Situation nicht schlechter reden, als sie ist."	27
Unentschieden	<u>12</u> 100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12076, September 2023

... in tiefgreifendem Umfang

Tabelle A 4
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Es gibt ja ganz unterschiedliche Meinungen darüber, in welchem Umfang wir in Deutschland Reformen brauchen. Hier sind drei Meinungen dazu aufgeschrieben. Was davon ist auch Ihre Meinung?"

	Bevölkerung insgesamt		
	2003 %	2019 %	2023 %
Wir brauchen tiefgreifende Reformen.....	48	35	44
Unsere Gesellschaft sollte durch kleinere Reformen schrittweise verbessert werden.....	39	54	43
Sicherlich gibt es hier und da noch etwas zu verbessern, aber im Großen und Ganzen ist bei uns alles in Ordnung. Reformen brauchen wir deshalb nicht	6	7	8
Nichts davon.....	3	3	5
Keine Angabe.....	$\frac{4}{100}$	$\frac{1}{100}$	$\frac{x}{100}$

x=weniger als 0,5 Prozent

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 12076

Breite Zustimmung zu vielen Maßnahmen
der Ampel-Regierung

Tabelle A 5
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Auf den Karten stehen einige Maßnahmen, die die Ampel-Regierung in den vergangenen zwei Jahren beschlossen hat. Welche davon finden Sie richtig und welche davon finden Sie nicht richtig?"

	Bevölkerung insgesamt %	
<table border="1"><tr><td>Richtige Maßnahmen</td></tr></table>	Richtige Maßnahmen	
Richtige Maßnahmen		
Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro pro Stunde.....	93	
Einführung einer Gas- und Strompreisbremse wegen der gestiegenen Energiekosten	85	
Einführung eines bundesweit gültigen 49-Euro-Tickets für den ÖPNV	84	
Erhöhung des Kindergeldes	82	
Einführung einer Kindergrundsicherung, in der alle staatlichen Leistungen für Kinder zusammengefasst werden	64	
Abschaffung des Werbeverbots für Schwangerschaftsabbrüche.....	60	
Bereitstellung eines Sondervermögens von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr.....	49	
Militärische Unterstützung der Ukraine.....	45	
Einführung höherer Energiestandards bei Wohnungssanierung und Neubauten.....	44	
Einführung des Bürgergeldes (statt Hartz IV).....	43	
Einführung einer Aufenthaltserlaubnis auf Probe für Ausländer, die bisher in Deutschland nur geduldet sind.....	40	
Raschere Einbürgerung: Zuwanderer können unter bestimmten Bedingungen nach fünf statt nach bisher acht Jahre Deutsche werden.....	35	
Endgültige Abschaltung aller Kernkraftwerke	30	
Legalisierung von Cannabis	29	
Verbot von Öl- und Gasheizungen in Neubauten.....	24	

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12076, September 2023

Auswirkung auf das eigene Leben

Tabelle A 6
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wie sehen Sie das für sich persönlich: Würden Sie sagen, die Politik der Ampel-Koalition*) hat für Sie persönlich bisher eher Vorteile gebracht, oder eher Nachteile, oder weder noch?"

	Bevölkerung insgesamt		
	2009 %	2013 %	2023 %
Eher Vorteile.....	6.....	12.....	6
Eher Nachteile.....	26.....	13.....	35
Weder noch.....	60.....	63.....	45
Unentschieden.....	<u>8</u>	<u>12</u>	<u>14</u>
	100	100	100

*) 2009: "...Große Koalition..."
2013: "...schwarz-gelben Koalition..."

Die Mehrheit rechnet mit persönlichen Nachteilen durch die Klimapolitik

Tabelle A 7
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wie sehen Sie das für sich persönlich: Rechnen Sie durch die Klimapolitik der Bundesregierung für sich persönlich eher mit Vorteilen, oder eher mit Nachteilen, oder weder noch?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Mit Vorteilen	6
Mit Nachteilen.....	52
Weder noch	33
Unentschieden	<u>9</u>
	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12076, September 2023

Wenig Hoffnung auf durchschlagenden
Erfolg der Klimapolitik

Tabelle A 8
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Glauben Sie, dass man den weltweiten Klimawandel, die zunehmende Erderwärmung in den Griff bekommen wird, oder glauben Sie das nicht?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Glaube, das wird man in den Griff bekommen.....	14
Glaube das nicht.....	59
Unentschieden.....	<u>27</u> 100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12076, September 2023

Weniger Sorgen über die Klimaveränderung

Tabelle A 9
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Manche Menschen sind ja besorgt über die Folgen der zunehmenden Erderwärmung und Klimaveränderung: Wie geht Ihnen das: Machen Sie sich darüber ..."

	Bevölkerung insgesamt %
"große Sorgen"	36
"weniger große Sorgen"	38
"kaum, gar keine Sorgen"	18
Unentschieden.....	<u>8</u>
	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12076, September 2023

Wachstumsschub durch Klimaschutz?

Tabelle A 10
Bundesrepublik Deutschland
Führungskräfte aus der Wirtschaft bzw.
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Von Bundeskanzler Olaf Scholz stammt die Aussage, dass Deutschland mit hohen Investitionen in den Klimaschutz hohe Wachstumsraten erzielen könnte. Halten Sie das für realistisch, oder halten Sie das für unrealistisch?"

	Führungskräfte aus der Wirtschaft	Bevölkerung insgesamt
	%	%
Realistisch.....	46	17
Unrealistisch.....	51	57
Unentschieden	<u>3</u>	<u>26</u>
	100	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 9236, 12076

Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation
wachsen - aber nicht in Bezug auf die Sicherheit
des Arbeitsplatzes

Tabelle A 11
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Glauben Sie, dass Sie alles in allem einen sicheren Arbeitsplatz haben,
oder machen Sie sich Sorgen, dass Sie ihn verlieren könnten?"

	Bevölkerung insgesamt	
	2005	2023
	%	%
Sicheren Arbeitsplatz	45	73
Sorgen, ihn zu verlieren	38	7
Unentschieden	<u>17</u>	<u>20</u>
	100	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 7068, 12076

FRAGE: "Glauben Sie, dass es Ihnen in fünf Jahren wirtschaftlich besser oder
schlechter gehen wird als heute, oder wird es in etwa gleich bleiben?"

	Bevölkerung insgesamt	
	2020	2023
	%	%
Besser gehen	17	12
Schlechter gehen	18	29
Wird in etwa gleich bleiben.....	51	44
Unmöglich zu sagen.....	<u>14</u>	<u>15</u>
	100	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 12013, 12074

Tabelle A 12
 Bundesrepublik Deutschland
 Bevölkerung ab 16 Jahre

Rückläufiges Vertrauen in den Wirtschaftsstandort

FRAGE: "Wie beurteilen Sie Deutschland als Wirtschaftsstandort, als Standort für Unternehmen: Ist Deutschland da ..."

	Bevölkerung insgesamt	
	2005 %	2023 %
"sehr gut"	3	4
"gut"	48	37
"weniger gut"	34	41
"gar nicht gut"	7	9
Unentschieden	8	9
	100	100

FRAGE: "Was glauben Sie, was sind die größten Wettbewerbsnachteile der deutschen Wirtschaft gegenüber anderen Ländern? Was von dieser Liste würden Sie nennen?"

	Bevölkerung insgesamt %
Zu viel Bürokratie	86
Die langen Genehmigungsverfahren.....	79
Die hohen Energiekosten	77
Der Arbeitskräftemangel.....	69
Der Rückstand bei der Digitalisierung	67
Mängel in unserem Bildungssystem.....	58

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 7066, 12074

Auszug

Wenig Vertrauen in die Wirtschaftskompetenz
der Ampelparteien

Tabelle A 13
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Welcher Partei trauen Sie am ehesten zu, den Wirtschaftsstandort
Deutschland zu stärken?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
CDU/CSU	27
AfD	8
SPD	7
FDP	7
Grüne	5
Linke	1
Anderer Partei	3
Keiner Partei	27
Unentschieden	17

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12074

Zufriedenheit der Anhänger der Regierungs-
parteien

Tabelle A 14
Bundesrepublik Deutschland
Parteianhänger der
Regierungsparteien

FRAGE: "Wie zufrieden sind Sie alles in allem mit der Arbeit der Grünen / der SPD / der FDP in der Regierung? Würden Sie sagen, Sie sind mit der Regierungsarbeit der Grünen / der SPD / der FDP..."

	Anhänger der –		
	Grünen	SPD	FDP
	%	%	%
„sehr zufrieden“	14	7	11
„eher zufrieden“	55	45	36
„eher unzufrieden“	15	30	28
„sehr unzufrieden“	2	7	-
Unentschieden, schwer zu sagen	<u>14</u>	<u>11</u>	<u>25</u>
	100	100	100

- = keine einzige Nennung

Würde eine CDU-geführte Regierung mit den Aufgaben besser fertig werden?

Tabelle A 15
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wenn Sie an die dringenden politischen Probleme und Aufgaben denken, die die Regierung zu bewältigen hat: Glauben Sie, dass eine CDU-geführte Regierung besser damit fertig werden würde als eine SPD-geführte Regierung oder schlechter, oder glauben Sie, dass es da wenig Unterschiede geben würde?"

	Bevölkerung insgesamt %
Würde besser damit fertig	25
Würde schlechter damit fertig.....	12
Würde wenig Unterschiede geben	45
Unentschieden	<u>18</u>
	100

Zweitstimmen	Gesamtdeutschland						
	CDU/ CSU %	FDP %	SPD %	Bü.90/ GRÜNE %	DIE LINKE %	AfD %	Sonstige
2017: Jahresdurchschnitt	36,0	9,0	25,0	8,5	8,5	9,0	4,0
Bundestagswahl							
24.9.2017	32,9	10,7	20,5	8,9	9,2	12,6	5,2
2018: Jahresdurchschnitt	31,5	9,5	19,0	13,0	9,5	13,5	4,0
2019: Jahresdurchschnitt	30,0	7,5	16,0	20,5	8,0	13,0	5,0
2020: Jahresdurchschnitt	35,5	6,5	16,0	20,0	7,5	10,0	4,5
Bundestagswahl							
26.9.2021	24,1	11,5	25,7	14,8	4,9	10,3	8,7
2021: 1. - 14. Oktober	21,0	14,0	28,0	15,0	5,0	9,5	7,5
29.Okt.-11.Nov.	23,0	14,0	27,0	15,0	5,5	9,5	6,0
1. - 15. Dezember	24,0	13,0	26,0	15,0	5,0	10,5	6,5
2022: 6. - 20. Januar	23,0	12,5	27,5	14,5	5,5	10,0	7,0
3. - 16. Februar	27,0	10,5	25,0	15,0	6,0	10,0	6,5
9. - 21. März	25,0	10,5	25,0	17,0	5,0	10,0	7,5
25. März - 6. Apr.	24,0	9,0	28,0	17,0	6,0	9,0	7,0
6. - 18. Mai	29,0	8,0	24,0	20,5	4,5	9,0	5,0
3. - 17. Juni	27,0	8,0	23,0	22,0	4,5	10,0	5,5
8. - 21. Juli	27,5	7,0	22,0	22,0	5,0	11,0	5,5
5. - 18. August	29,0	8,0	19,5	21,0	5,0	12,0	5,5
1. - 14. September	30,0	7,0	20,0	19,0	5,5	13,0	5,5
1. - 13. Oktober	30,5	7,0	19,0	19,0	5,0	14,0	5,5
5. - 17. November	29,5	7,0	20,0	20,0	4,0	14,0	5,5
2. - 15. Dezember	30,0	7,5	22,0	18,0	4,5	12,0	6,0
2023: 5. - 18. Januar	31,0	6,0	21,0	17,0	4,5	14,0	6,5
27. Jan. - 9. Febr.	30,0	7,5	22,5	16,0	4,0	14,0	6,0
2. - 15. März	31,0	6,5	21,0	16,0	4,5	15,0	6,0
3. - 18. April	31,0	7,5	20,0	15,0	5,0	16,0	5,5
28. April-10. Mai	32,0	8,0	18,0	16,0	5,0	15,0	6,0
9. bis 22. Juni	31,0	8,0	19,0	15,0	4,0	17,0	6,0
7. bis 19. Juli	29,0	7,0	19,0	16,0	4,0	18,0	7,0
4. - 16. August	29,0	7,0	19,0	14,0	5,0	19,0	7,0
4. - 15. September	30,0	7,0	18,0	14,0	5,0	19,0	7,0

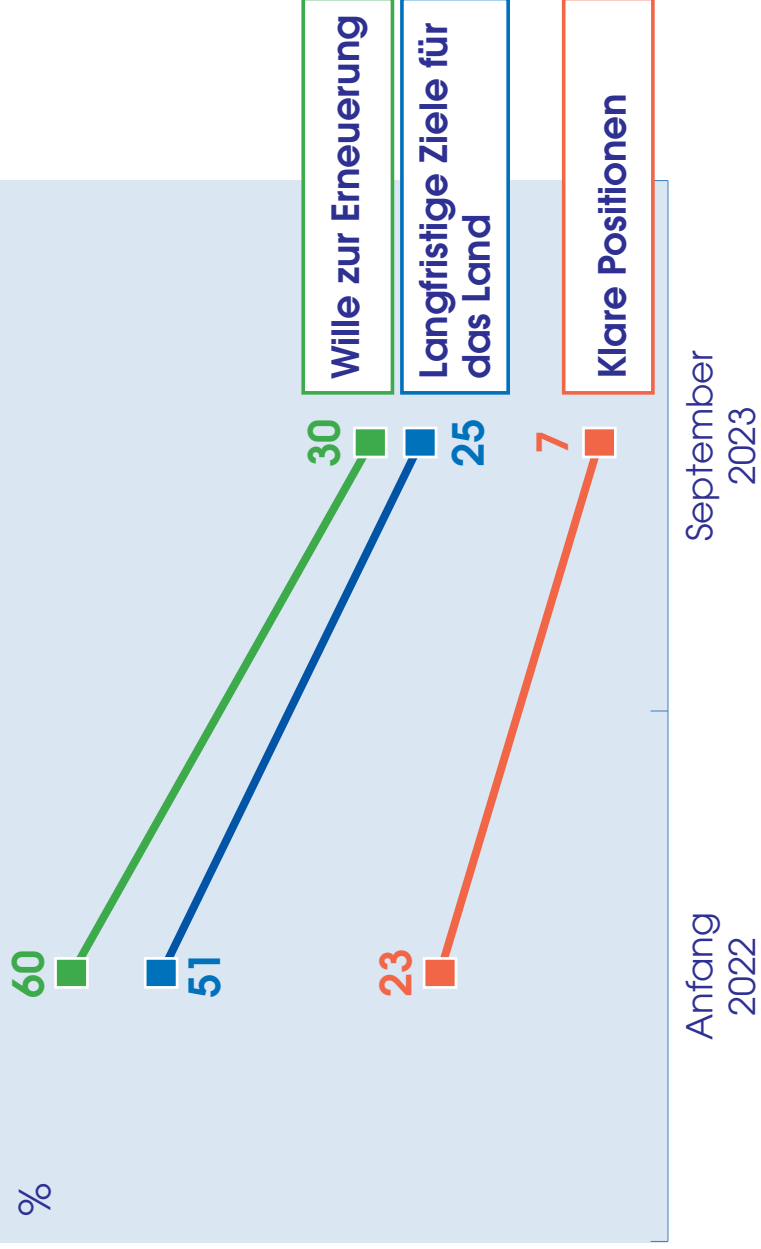
Befragt wurden persönlich-mündlich insgesamt 1.030 Personen.

Bei dieser Stichprobengröße beträgt die Fehlerspanne bei einem Anteilswert von 30 Prozent rund +/- 3 Prozentpunkte und bei einem Anteilswert von 10 Prozent rund +/- 2 Prozentpunkte.

Schaubilder

Ernüchterung

Es verbinden mit der Regierung -



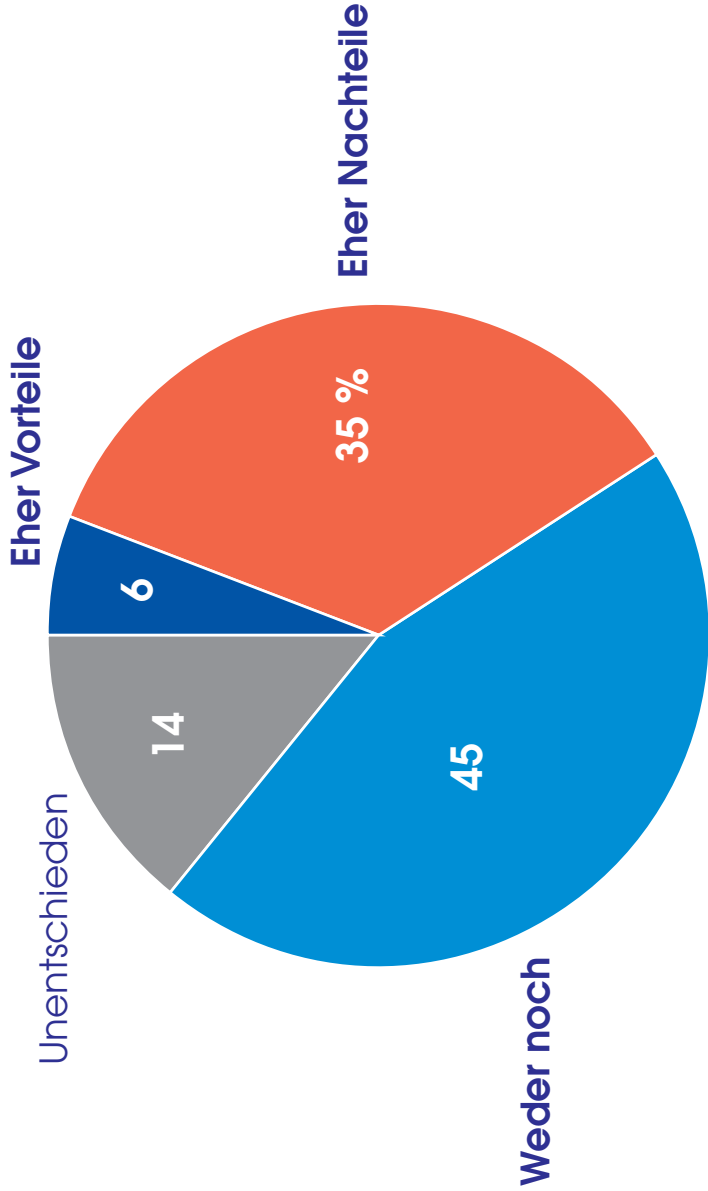
Wenig Fortschritte

Frage: "In welchen dieser Bereiche hat es unter der Ampel-Koalition in den vergangenen knapp zwei Jahren Fortschritte gegeben?"



Auswirkungen der Regierungspolitik

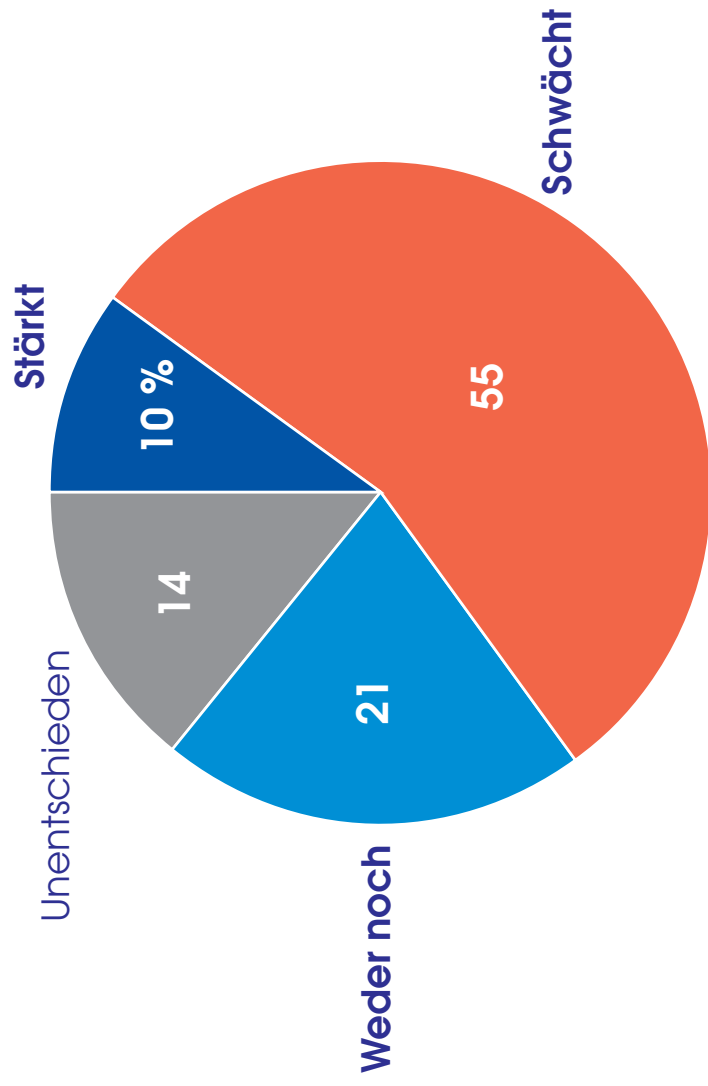
Frage: "Wie sehen Sie das für sich persönlich: Würden Sie sagen, die Politik der Ampel-Koalition hat für Sie persönlich bisher eher Vorteile gebracht, oder eher Nachteile, oder weder noch?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12076

Sorge um den Standort

Frage: "Glauben Sie, dass die Politik der Ampel-Koalition Deutschland als Wirtschaftsstandort alles in allem eher stärkt oder eher schwächt?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12074

Dominant in der Koalition: die Grünen

Frage: "Wie ist Ihr Eindruck: Wer prägt die Politik der Ampel-Koalition besonders stark: die SPD, die Grünen oder die FDP?" (Mehrfachangaben)

	März 2022 %	September 2023 %
SPD	24	15
Die Grünen	35	40
FDP	14	17
Unentschieden	29	31

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 12050, 12076

Veröffentlichung in der
Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 172
vom 21. September 2023, S. 8, unter dem Titel:

"Das Vertrauen ist dahin. Halbzeitbilanz: Nur wenige
trauen der Ampel noch zu, das Land voranzubringen."

DEUTSCHE FRAGEN – DEUTSCHE ANTWORTEN

Das Vertrauen ist dahin

Am Ende der ersten Halbzeit hat sich für die Ampelkoalition viel verändert: Sie kämpft mit Problemen, die sie bei Regierungsantritt nicht oder nur als Randthema gesehen hatte; entsprechend hat sich ihre politische Agenda erweitert und die der Bevölkerung verändert. Vor allem ist sie jedoch mit einem enormen Vertrauensverlust konfrontiert. Die überwältigende Mehrheit traut der Koalition zurzeit nicht zu, dass sie in den kommenden zwei Jahren das Land voranbringt.

Wie anders war die Stimmung dagegen noch bei der Vorlage des Koalitionsvertrags. Die Mehrheit der Bevölkerung hoffte auf Erneuerung und langfristig ausgerichtete Reformen. 60 Prozent der Bürger attestierten der Regierung zu diesem Zeitpunkt den Willen zur Erneuerung, 51 Prozent hatten den Eindruck, dass die Politik der neuen Koalition zukunftsorientiert und langfristig angelegt war. Von den Vorgängerregierungen wurde in den vergangenen 20 Jahren keine mit vergleichbaren Hoffnungen begrüßt.

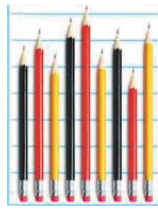
Dieses Vertrauen ist gravierend geschwächt. Nur noch 30 Prozent assoziieren die Koalition mit dem Willen zur Erneuerung, nur noch 25 Prozent attestieren ihr eine an langfristigen Zielen ausgerichtete Politik. Stattdessen nimmt die Bevölkerung heute vor allem wahr, dass in dieser Koalition immer wieder gegensätzliche Ziele und Interessen überbrückt werden müssen; 67 Prozent haben diesen Eindruck, 69 Prozent den von Entscheidungsschwäche; 58 Prozent kritisieren, die Regierungspolitik sei von zu vielen Illusionen geprägt.

Gleichzeitig sieht die Bevölkerung immer mehr Reformbedarf. 61 Prozent sind überzeugt, dass Deutschland dringend Reformen braucht, auch um international nicht zurückzufallen. Der Anteil der Bevölkerung, der tiefgreifende Reformen für notwendig hält, nähert sich dem Niveau, das zuletzt in der Phase der Wachstumsschwäche zwischen 2000 und 2005 zu verzeichnen war.

Die Koalition verweist darauf, dass viele der Vorhaben, die im Koalitionsvertrag festgeschrieben wurden, bereits umgesetzt worden sind. Aber die Bevölkerung sieht wenig Fortschritte. Noch am ehesten nimmt sie diese in der Verteidigungspolitik wahr, gefolgt vom Klimaschutz, der Sicherung der Energieversorgung und der Unterstützung sozial Schwacher. 39 Prozent attestieren der Regierung Fortschritte bei der Stärkung der Bundeswehr, 33 Prozent beim Klimaschutz, jeweils 31 Prozent bei der Sicherung der Energieversorgung und bei den Maßnahmen für sozial Schwächere.

In den meisten anderen Bereichen können nur kleine Minderheiten Fortschritte erkennen. Das gilt für die Digitalisierung, die Modernisierung der öffentlichen Verwaltung und der Infrastruktur wie für die Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme und des Gesundheitssystems, für die Steuerung der Zuwanderung, die Begrenzung der Staatsverschuldung, für den Bürokratieabbau, die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum und die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Wirtschaft. So sehen ganze drei Prozent Fortschritte beim Abbau staatlicher Regulierung, sechs Prozent bei der Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Wirtschaft, acht Prozent bei der Modernisierung der öffentlichen Verwaltung. Zehn Prozent haben den Eindruck, dass die Sanierung der Infrastruktur vorankommt, 13 Prozent sehen Erfolge im Gesundheitswesen. Dies sind natürlich überwiegend Politikfelder, bei denen kaum kurzfristige Erfolge zu erzielen sind, die gleichzeitig aber für die Bürger in hohem Maße Themen sind, bei denen sie einen unmittelbaren Bezug zu ihrer eigenen Situation herstellen.

Die bisher beschlossenen Maßnahmen werden keineswegs überwiegend kritisch bewertet. Ein Teil der Beschlüsse findet breite Zustimmung. Das gilt insbesondere für die Erhöhung des Mindestlohns, die Gas- und Strompreisbremse, das 49-Euro-Ticket, die Erhöhung des Kindergeldes und die Einführung einer Kinder-



Halbzeitbilanz: Nur wenige trauen der Ampel noch zu, das Land voranzubringen.

Von Prof. Dr. Renate Köcher, Institut für Demoskopie Allensbach

grundsicherung, die Zustimmungsraten zwischen 64 und über 90 Prozent verzeichnen. Das Sondervermögen Bundeswehr, die Einführung des Bürgergeldes und die Einführung höherer Energiestandards für Neubauten werden zurückhaltender bewertet, erfahren aber insgesamt mehr Anerkennung als Kritik. Überwiegend kritisch sieht die Bevölkerung dagegen nach wie vor das Verbot von Öl- und Gasheizungen für Neubauten, den Ausstieg aus der Kernenergie, die Legalisierung von Cannabis und die rasche Einbürgerung von Zuwanderern.

Die Bevölkerung hat mehr als zuvor den Eindruck, dass diese Regierung direkt in ihr Leben eingreift. Sowohl zwischen 2005 und 2009 wie auch bei der letzten schwarz-gelben Koalition sahen 60 Prozent und mehr weder positive noch negative Auswirkungen der Regierungspolitik auf ihr persönliches Leben. Aktuell ziehen nur 45 Prozent diese Bilanz, während sechs Prozent überzeugt sind, dass sie von der Regierungspolitik profitieren, und 35 Prozent für sich unmittelbare Nachteile sehen.

Von der Klimapolitik befürchtet sogar jeder Zweite für sich negative Auswirkungen. Den Befürchtungen stehen nur

wenig Hoffnungen gegenüber, dass nennenswerte Erfolge erzielt werden. Jeder Dritte attestiert der Regierung zwar Fortschritte. Gleichzeitig glauben aber nur 14 Prozent, dass der Klimawandel beherrschbar ist. Die überwältigende Mehrheit ist überzeugt, dass nur globale Anstrengungen wirken können, die jedoch nur begrenzt gegeben sind.

Zurzeit gehen die Sorgen der Bevölkerung über die Klimaveränderungen eher zurück. In den vergangenen Jahren waren zwischen 42 und gut 50 Prozent über diese Entwicklungen sehr besorgt, aktuell sind es 36 Prozent. Das Versprechen, dass mit hohen Investitionen in Klimaschutzmaßnahmen ein Wachstumsschub erreicht werden kann, trifft in der Bevölkerung überwiegend auf Skepsis, mehr als in der Wirtschaft. Während sich bei Befragungen von Führungskräften aus der Wirtschaft immerhin knapp die Hälfte überzeugt zeigte, dass auf diesem Weg durchaus hohe Wachstumsraten erzielt werden können, halten das gerade einmal 17 Prozent der Bevölkerung für möglich, 57 Prozent für unrealistisch.

Die derzeitige Konjunkturschwäche beunruhigt die Bevölkerung, auch wenn sich diese Schwäche diesmal nicht auf

dem Arbeitsmarkt niederschlägt. Die Sorgen um die Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes bewegen sich angesichts des gravierenden Arbeitskräftemangels auf historisch niedrigem Niveau. Lediglich sieben Prozent der Erwerbstätigen machen sich Sorgen, ob ihr Arbeitsplatz sicher ist; zwischen 2000 und 2005 lag dieser Anteil zeitweise bei 38 Prozent. Trotzdem wachsen die Sorgen über die Entwicklung des eigenen Wohlstands und besonders in Bezug auf die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Der Anteil der Bevölkerung, der persönlich einen wirtschaftlichen Abstieg befürchtet, hat sich seit 2020 von 18 auf 29 Prozent erhöht, während nur noch jeder Achte mit Wohlstandsgewinnen rechnet.

Geradezu erdrutschartig ist das Vertrauen in Deutschland als Wirtschaftsstandort eingebrochen. Zwischen 2009 und 2022 zeigten sich stets mehr als drei Viertel überzeugt, dass Deutschland für Unternehmen attraktiv ist. Aktuell glaubt das nur noch 41 Prozent und damit sogar signifikant weniger als 2005. Für Nachteile des Standorts hält die Bevölkerung vor allem zu viel Bürokratie, die Dauer von Genehmigungsverfahren, die Energiekosten, den Mangel an Arbeitskräften, den Rückstand bei der Digitalisierung und Mängel im Bildungssystem.

Die Politik der Regierung ist nach dem Eindruck der Mehrheit bisher nicht dazu angetan, den Standort zu stärken, im Gegenteil: 55 Prozent haben den Eindruck, dass die Politik den Standort schwächt, nur zehn Prozent sehen eine Stärkung. In dieser Situation belastet die Regierung das geringe Vertrauen in die Wirtschaftskompetenz der sie tragenden Parteien. Dies gilt für alle Koalitionspartner, am meisten für die Grünen, denen nur fünf Prozent gute Konzepte für die Stärkung des Standortes zutrauen. Gleichzeitig werden die Grünen als mit Abstand dominierende Kraft in der Koalition wahrgenommen. Schon nach den Koalitionsverhandlungen hatten 35 Prozent diesen Eindruck, jetzt 40 Prozent. An zweiter Stelle liegt die FDP, der 17 Prozent besonders großen Einfluss auf die Regierungspolitik zuschreiben. Die Überzeugung, dass die Regierungspolitik vor allem die Handschrift der SPD trägt, ist von 24 auf 15 Prozent zurückgegangen. Die häufigen Auseinandersetzungen zwischen den beiden kleineren Koalitionspartnern haben dazu beigetragen, dass der Einfluss der führenden Koalitionspartei immer weniger wahrgenommen wird.

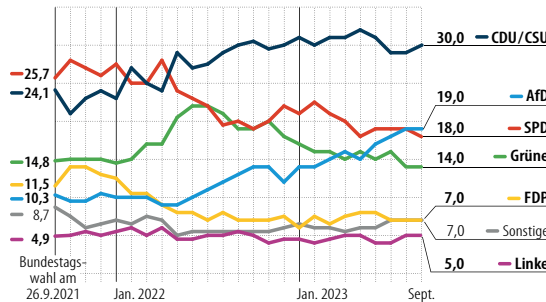
Nur die Anhänger der Grünen sind mit der Arbeit ihrer Partei in der Koalition zufrieden; 69 Prozent ziehen eine positive Bilanz, von den SPD-Anhängern dagegen nur jeder Zweite; noch zurückhaltender äußern sich die Anhänger der FDP, die auch in vielen Punkten die Beschlüsse der Koalition kritischer bewerten als die Anhänger von SPD und Grünen. Die Mehrheit ihrer Anhänger fühlt sich nach wie vor den Unionsparteien mehr verbunden als den derzeitigen Partnern. Auch ein Teil der von der FDP forcierten Projekte unter dem Stichwort Modernisierung der Gesellschaft wie freie Geschlechtswahl oder Cannabisfreigabe steht eher quer zu den Vorstellungen ihrer Klientel, wofür ersthafter Liberalismus sich stark machen sollte.

Trösten kann sich die Koalition damit, dass auch ein Regierungswechsel für die Mehrheit der Wähler kein Hoffnungsszenario ist. Nur 25 Prozent sind überzeugt, dass eine andere Regierung die Herausforderungen besser bewältigen würde. Für die Bevölkerung verschlimmert dieser Eindruck allerdings eine Situation, die sie in hohem Maße als unbefriedigend und risikobehaftet empfindet.

Die Bevölkerung hat nicht nur das Vertrauen verloren, dass die Koalition zu neuer Geschlossenheit findet, die richtigen Prioritäten setzt und die Kraft hat, die notwendigen Veränderungen umzusetzen – sie hat auch das Vertrauen in das Land verloren, glaubt im Moment nicht, dass Deutschland die Kraft und den Willen hat, seine starke Position zu verteidigen. Es hängt viel davon ab, dass dieses Vertrauen wieder gestärkt wird.

Die Stärke der Parteien

Wenn schon am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie wählen? (Zweitstimmen-Ergebnisse in Prozent)



Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach, jüngste Umfrage: 4.–15. September, 1030 Befragte, gerundete Angaben/F.A.Z.-Grafik Brocker

Halbzeitbilanz der Ampelkoalition

Angaben in Prozent

Ernüchterung

Es verbinden mit der Regierung...

- Wille zur Erneuerung: 30
- Langfristige Ziele für das Land: 25
- Klare Positionen: 7

Quelle: Anfang 2022 vs. Sept. 2023

Persönliche Auswirkungen

Hat Ihnen die Politik der Koalition eher Vorteile oder Nachteile gebracht?

- Eher Vorteile: 6
- Weder noch: 45
- Unentschieden: 14
- Eher Nachteile: 35

Sorge um den Standort Deutschland

Stärkt oder schwächt die Politik der Regierung den Wirtschaftsstandort Deutschland?

- Stärkt: 10
- Weder noch: 21
- Unentschieden: 14
- Schwächt: 55

Wenig Fortschritte

In welchen Bereichen gab es unter der Koalition Fortschritte?

Höchste Prozentwerte

- 39...Stärkung der Bundeswehr
- 33...Klimaschutz
- 31...Sicherung der Energievers.

Niedrigste Prozentwerte

- 4...Steuerentlastung der Bürger
- 3...Abbau staatlicher Regeln/Vorschriften
- 3...Schaffung von bezahlbarem Wohnraum

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach/F.A.Z.-Grafik Brocker